

B E S C H L U S S

aus der Sitzung (Sondersitzung) des Rates vom 12.01.2022

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

3. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

**3.1 Fördermöglichkeiten bei corona-bedingten Schulschließungen
Antrag der FDP-Fraktion**

Vorlage Nr. AT 172/2022

Nach Auffassung der FDP-Fraktion gibt es nach wie vor Schülerinnen und Schüler, die von den bestehenden Angeboten nicht erreicht wurden, die mit den digitalen Geräten nicht umgehen können oder nicht in der Lage sind, Homeschooling zu betreiben, führt Herr Könen aus. Das kürzlich von der Stadt veröffentlichte Sozialmonitoring hat deutlich gemacht, in welchen Stadtteilen besondere Bedarfe bestehen. Abgesehen davon ist es in Schulen mit einer hohen Schülerfluktuation schwierig, die technischen Voraussetzungen zu schaffen. Dasselbe gilt für die erwachsenen Teilnehmenden an Deutschkursen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass ein Lockdown Lernfortschritte vernichtet. Es ist daher dringend nötig, Zusatzangebote vor allem für benachteiligte Schülerinnen und Schüler zu machen. Hier sollten Schulen, Jugend- und Sozialarbeit enger zusammenarbeiten. Es müssen dringend Ideen umgesetzt werden, die die Nachteile von Schul- und Kita-Schließungen abmildern. Es wäre zum Beispiel denkbar, Lernräume mit bereitgestellten digitalen Arbeitsplätzen und personeller Unterstützung bereit zu stellen und diese Angebote auch anders zu bewerben, denn auch die Schulen haben oft Schwierigkeiten, problematische Elternhäuser zu erreichen. Hier liegt nach Auffassung der FDP-Fraktion eines der Probleme, warum alle die von der Verwaltung aufgezählten Programme von vielen Schülerinnen und Schülern nicht erreicht werden.

Unabhängig von der Zuständigkeit habe die Stadt auch eine sozialpolitische Verantwortung Familien und Kinder zu erreichen, die durch alle Raster fallen. Dies wird in den kommenden Monaten und Jahren eine Aufgabe sein müssen. Daher bittet er um ein klares Signale des Rates unabhängig von einem Lockdown. Wir sind von einer Hauptschule angesprochen worden, die genau dieses Problem haben und gebeten worden, dies vorzutragen.

Als einen weiteren Punkt spricht er das Programm „Extrazeit für schulische Bildung und Betreuung“ an, das nie richtig angezapft wurde. Vielleicht biete dieses Möglichkeiten für Personen, die in der Schule benachteiligt sind weil sie sprachlich und / oder in ihrem sozialen Umfeld nicht klarkommen.

Die CDU-Fraktion erachtet den Antrag als überflüssig und den Vorwurf der Verwaltung gegenüber nicht gerechtfertigt, entgegnet Herr Weber. Die Stadt geht einer Vielzahl von Möglichkeiten nach, die Bedarfe der Schülerinnen und Schüler zu decken.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sieht in dem Antrag keinen Vorwurf an die Verwaltung, erklärt Herr Kraft, diese ist bereits in vielen Feldern aktiv geworden, wie den Berichten im Schulausschuss zu entnehmen ist. Er versteht den Antrag eher als Ergänzung dahingehend, Informationen auch zu externen Partnern oder unterstützenden Institutionen gebündelt den Schulen zur Verfügung zu stellen. Es sind vielfältige Möglichkeiten der Unterstützung vorhanden, die aber nur bedingt in den Schulen ankommen. Viele der im Antrag genannten Dinge kann die Stadt Siegen nicht selbst bereitstellen, sie sollte aber die Vermittlerrolle nutzen.

Herr Langer schließt sich seinem Vorredner an. Die Schulen sind bei der digitalen Entwicklung auf einem guten Weg, nicht aber die Schülerinnen und Schüler, die zu Hause bleiben und in einem Lockdown unterrichtsmäßig versorgt werden müssen. Daher wird die UWG-Fraktion das Anliegen und auch die Arbeit der Verwaltung unterstützen.

Herr Schmidt verweist verwaltungsseitig zunächst auf die Zuständigkeit der Fachausschüsse hin, wo permanent die entsprechenden Berichte gegeben und Fachdiskussionen geführt werden. Die Verwaltung ist ständig mit den Schulen und allen freien Trägern im Kontakt über die Förder- und sonstigen Unterstützungsprogramme. Insofern ist der Antrag an dieser Stelle nicht nachvollziehbar. Die darin genannten Maßnahmen sind praktisch in Teilbereichen nicht umsetzbar. Wo Einflussmöglichkeiten bestehen, werden diese auch genutzt.

Frau Schneider begrüßt die Vorschläge, die insbesondere für Kinder aus sozial benachteiligten Familien wichtig sind. Als Beispiel nennt sie das Ausleihen von mobilen Endgeräten, damit alle Kinder im Fall eines Lockdowns auch an den schulischen Angeboten teilnehmen können.

Herr Schoew und Herr Könen stellen noch einmal den Handlungsbedarf besonders für Kinder in Familien, wo ein Lernen zu Hause nicht möglich ist, heraus, besonders in der Sorge, dass die Schulen aufgrund des Infektionsgeschehens wieder geschlossen werden.

Für Herrn Pfeifer ist das Anliegen verständlich und das Problem erkannt. Eine Unschärfe in der Diskussion entsteht jedoch, weil die vorgeschlagenen Maßnahmen de facto von der Verwaltung nicht umgesetzt werden können. In den Fachausschüssen ist dem entgegen das Wissen um die Möglichkeiten vorhanden.

Auch Herr Wittenburg ist der Auffassung, dass die Beratung im Ausschuss für Schule und Bildung geführt werden sollte. Der Grundtenor des Problems ist durchaus richtig benannt.

Beratungsergebnis: Überweisung ohne Abstimmung in den weiteren Beratungsgang

11. Rat 12.01.2022
